

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg
Beschluss der 33. Ordentlichen
Landesdelegiertenkonferenz
am Samstag, 16. November 2013
im Haus des Gastes, Lindenstraße 6, 04895 Falkenberg/Elster



Nachhaltig, vielfältig, bürgernah - Kommunalpolitische Erklärung für Brandenburg

Liebe Brandenburgerin, lieber Brandenburger!

Die Bäume vor Ihrer Haustür, die Kita um die Ecke, der Zustand Ihrer Anliegerstraße, der Bus und die Straße auf der er fährt, die Fußgängerzone in der Innenstadt und der Park im Zentrum, das Schwimmbad in der Gemeinde oder der Erhalt der Bibliothek nebenan, die Erreichbarkeit des nächsten Einkaufsladens, das Vorhandensein eines geeigneten Sportvereins, einer Musikschule oder einer Selbsthilfegruppe – all das ist unser tägliches Leben und all das ist Kommunalpolitik. Die Dinge eben, die uns im Alltag oft am meisten bewegen.

Am 25. Mai können Sie – neben der Wahl zum Europaparlament – in ganz Brandenburg darüber abstimmen, was sich in Ihrem Ort in den nächsten fünf Jahren ändern soll..

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Städte und Gemeinden, in denen unsere Kinder in einem gesunden und familienfreundlichen Umfeld groß werden. Orte, die auf bürgernahe, transparente Energiedienstleistungen sowie Energieeinsparung statt auf Kohle und Atom setzen. Wir wollen unser Zusammenleben so gestalten, dass alle – egal ob alt oder jung, zugezogen oder alteingesessen, Muttersprachler oder Eingebürgerte, Rollifahrerin oder Skater – an einer lebendigen Gemeinde aktiv mitwirken können.

Lebendige Gemeinde heißt für uns Bündnisgrüne, dass in den Städten, Gemeinden und Landkreisen neben den gewählten Volksvertretern auch Sie als Bürgerinnen und Bürger stärker bei Entscheidungen mit einbezogen werden. Sie können dabei helfen, für mehr Transparenz in den Gemeindevertretungen zu sorgen. Denn Demokratie heißt nicht, nur alle vier oder fünf Jahre ein Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen. Demokratie wird zuallererst vor Ort gelebt und praktiziert. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten treten bei der Kommunalwahl 2014 daher nicht nur an, um grüne Politik in Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen zu vertreten, sondern auch um die Kommunikation zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik zu verbessern. Dazu gehört, die in der Kommunalverfassung vorgesehenen Beteiligungsformen wie Einwohneranträge, Einwohnerversammlungen, Bürgerentscheide, Beiräte optimal zu nutzen und Bürgerbeteiligungssatzungen verständlich zu gestalten.

Zu einer lebendigen Demokratie in der Kommune gehört auch, Informationen verständlich und leicht abrufbar anzubieten. „Information ist die Währung der Demokratie“ – nur informierte

BürgerInnen können sachkundige Vorschläge einbringen und mitgestalten. Neben der Veröffentlichung von Sitzungsterminen, Beschlüssen und Protokollen zu allen öffentlichen Belangen der Gemeindevertretung halten wir daher gut verständliche Erläuterungen zu komplexen Sachverhalten (wie z.B. Eckdaten der Haushaltssatzung) für erforderlich.

Wichtig ist uns als Bündnisgrüne, bei Wahlen nicht das Blaue vom Himmel zu versprechen: Kommunale Selbstverwaltung und lokaler Gestaltungswillen stoßen schnell an enge Grenzen, wenn die Kassen leer sind oder der Gemeinde gar ein Haushaltssicherungskonzept auferlegt wurde. Und leider ist dies der Regelfall in Brandenburg. Nur 81 der 486 kommunalen Haushalte in Brandenburg sind schuldenfrei. Das heißt in der großen Mehrzahl der Kommunen können oft nur noch die Pflichtaufgaben erledigt werden. Die „freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben“ – das, was unsere Kommunen lebendig und unterscheidbar macht – fallen dem Rotstift zum Opfer. Um aus dieser Misere hinaus zu kommen, streiten wir Grüne nicht nur für eine nachhaltige Haushaltspolitik, sondern für ein gezieltes Entschuldungsmanagement durch das Land, steuerliche Änderungen beim Bund und eine bessere Beteiligung des Bundes bei Sozialausgaben sowie einen solidarischen Ausgleich zwischen den Gemeinden.

Aber nicht nur enge finanzielle Vorgaben machen den Gemeinden zu schaffen. Auch die Herausforderungen des demografischen Wandels müssen bewältigt werden. Brandenburg ist das Land mit dem höchsten Durchschnittsalter in ganz Deutschland. Immer weniger Kinder und Jugendliche und Menschen im arbeitsfähigen Alter stehen einer immer größer werdenden Gruppe Älterer gegenüber. Hinzu kommen unterschiedliche Bedürfnisse im Berliner Umland und im ländlichen Raum. Zuzug und Bedarf an neuer Infrastruktur einerseits, teilweise empfindlicher Bevölkerungsrückgang, Wohnungsleerstände und veränderte Versorgungsansprüche einer älter werdenden Bevölkerung andererseits.

In diesem Spannungsfeld setzen wir Bündnisgrüne auf den Erhalt starker und leistungsfähiger Kommunen. Sie sind der Garant für die Daseinsvorsorge vor Ort. In der jetzt anstehenden Diskussion um zukunftsfähige Strukturen der Kommunal- und Landesverwaltung setzen wir uns dafür ein, daß im Ergebnis einer breiten und offenen Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern langfristig tragfähige Verwaltungsstrukturen geschaffen, dabei demokratische Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort ausgebaut und die kommunale Ebene gestärkt werden.

Die Identität der Dörfer muss erhalten bleiben. Wir wollen die Ämter entsprechend den Vorschlägen der Enquetekommission des Landtags zur brandenburgischen Amtsgemeinde mit direkt gewählten Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern und Amtsgemeindevertretungen weiterentwickeln. Starke Gemeinden sollen für die Einwohnerinnen und Einwohner das Eingangstor zur gesamten Verwaltung sein, also auch für Angebote der Kreis- und der Landesverwaltung. Durch die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten wollen wir das E-Government ausbauen und eine kompetente Aufgabenerledigung der Kommunalverwaltung sicherstellen.

Grundlegende Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gehören nach unserem Verständnis in öffentliche Hand, um den Zugang zu ihnen nicht vom Geldbeutel der NutzerInnen und den Zufälligkeiten des Marktes abhängig zu machen. Nicht nur deswegen kommt auch der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen hohe Bedeutung zu. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen des föderalen Systems für eine auskömmliche und transparente Finanzierung unserer Kommunen und für die Ermöglichung kommunaler Wirtschaftstätigkeit ein.

Wenn die finanziellen Mittel knapp sind, dann kommt es darauf an, die Gestaltungsspielräume kommunaler Selbstverwaltung sinnvoll zu nutzen. Wer bei der Kommunalwahl 2014 in Brandenburg seine Stimme bündnisgrünen Kandidatinnen und Kandidaten gibt, der setzt auf einen Gleichklang von mehr Bürgerbeteiligung, sozialer Verantwortung, Erhalt und Förderung von Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten sowie auf Natur- und Umweltschutz, der seinen Namen auch verdient sowie auf eine Politik, die die Energiewende vor Ort umsetzt – für mehr Klimaschutz und mehr Wertschöpfung in der Region.

Unsere GemeindevertreterInnen, Stadtverordneten, Kreistagsabgeordneten und haupt- und ehrenamtlichen BürgermeisterInnen und Beigeordneten haben in den letzten Jahren viele Diskussionen angeregt, Anträge eingebracht und viel erreicht. Doch um vor Ort einen GRÜNEN Unterschied zu machen, brauchen wir noch viel mehr bündnisgrüne Vertreterinnen und Vertreter in den Kreistagen und den Städte- und Gemeindevertretungen. Unterstützen Sie uns daher mit Ihrer Stimme am 25. Mai 2014 für GRÜN!

Öko logisch!

Dafür machen wir uns stark:

- Global denken, lokal handeln – Wir wollen unsere vielfältige Landschaft für uns und unsere Kinder erhalten und kämpfen daher für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise, die den Umwelt- und Naturschutz in besonderer Weise berücksichtigt.
- Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Kulturlandschaften und Erhalt bzw. Wiedergewinnung wertvoller Naturräume – Innenverdichtung vor Bebauung der grünen Wiese – Schutzgebiete achten, Naturschutzverbände einbeziehen.
- Freiräume erhalten – Im Zuge kommunaler Bauplanung werden Frei- und Grünräume oft wahllos den Bauinteressen geopfert zu Lasten von Natur, Landschaft, Erholungsqualität und Artenvielfalt. Wir setzen uns deshalb unter anderem für kommunale und regionale Freiraumverbünde, kommunale Biotopverbünde, Erholungsflächen sowie für den innerörtlichen Erhalt der Alleen, Parks, des Waldcharakters von Orten und der Begrünung und Umpflanzung von bebautem Gebiet ein.
- Den Flüssen wieder mehr Raum geben – Die Hochwasser der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir unsere Auen und Wiesen erhalten, statt sie zu versiegeln oder als Ackerflächen zu nutzen. Neben einer Intensivierung des ökologischen Hochwasserschutzes und Programmen zur Schaffung von Retentionsflächen an den Flüssen müssen kurzfristig in den betroffenen Regionen endlich Lücken im Deichsystem geschlossen werden.
- Baum- und Alleenschutz ernst nehmen und aktiv betreiben – z.B. durch kommunale Baumschutzsatzungen und Nachpflanzprogramme sowie baumschonenden Straßenbau und weitestgehendem Verzicht auf Salzeinsatz in der Winterreinigung.
- Arten- und Tierschutz ernst nehmen – Die Vermeidung von Verlusten bei Pflanzen und Tieren muss Priorität haben, wenn es um die Durchführung von neuen Planungsabsichten geht, dabei ist der Blick stärker auf vorgezogenen Ersatz von Lebensräumen zu richten. Wir wollen zudem sicherstellen, dass die Kommunen ihre Aufgaben für Fund- und Verwahtiere wahrnehmen und unterstützen die Arbeit der Tierschutzvereine vor Ort.
- Stärkung der klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft, denn wir wollen wissen, was auf unsere Teller kommt und Artenvielfalt, Bodenqualität und Grundwasser im ländlichen Raum erhalten.

- Unterstützung von gentechnikfreien Zonen und bessere Überwachung der Einhaltung der Düngeverordnung durch die Kreisumweltbehörden zusätzlich zur Landesebene.
- Wasser in der Landschaft halten - Durch den Klimawandel wird das Land trotz Zunahme von Starkniederschlägen immer trockener – deshalb muss Regenwasser versickern können und sollte seltener abgeleitet werden.
- Schmutzwasser vermehrt dezentral aufbereiten: Die Grundlagen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wollen wir anhand ökologischer Kriterien umgestalten. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung und Neuorientierung der kommunalen Abwasserkonzepte ein.

Alle Generationen mitnehmen, Kinder fördern

Dafür machen wir uns stark:

- Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen für sie und gemeinsam mit ihnen und ihren Eltern, Großeltern und NachbarInnen unsere Städte und Gemeinden kinderfreundlich gestalten. Wir wollen Kindern ermöglichen, sicher und gesund aufzuwachsen und ihre Mütter und Väter darin unterstützen, Familie und Berufsleben miteinander zu verbinden. Wir Bündnisgrünen stehen für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft, die die Verschiedenheit der Menschen als Bereicherung versteht und wertschätzt.
- Inklusion in allen Lebensbereichen fördern - das heißt unter anderem, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, Schaffung von Barrierefreiheit in Gebäuden, auf der Straße, im Internet und in Schreiben von Behörden. BildungssozialarbeiterInnen sind eine wichtige Hilfe und sollten bis zu einer vernünftigen Neuregelung auf Bundesebene durch Kommunen und die Landesregierung weiter finanziert werden.
- Qualitätskontrolle für die Beratungsstellen von Optionskommunen, insbesondere in Bezug auf die Berücksichtigung der individuellen Situation der Betroffenen mit dem Ziel Armutszirkel zu durchbrechen.
- Vereinbarkeit von Kindern und Beruf verbessern – z.B. durch Anpassung der Öffnungszeiten von Kitas, ergänzende Kindertagespflege und flächendeckende Ganztagschulen.
- Frühe Hilfen und Familienunterstützung ausbauen – z.B. zentrale Stellen für Kinderschutz einrichten und Familienzentren mit Angeboten für Jung und Alt fördern.
- Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum – z.B. durch Unterstützung bei der Ansiedlung von ÄrztInnen, Telemedizin, Gemeindeschwestern und Pflegedienste.
- Krankenhäuser und Gesundheitszentren in der Region erhalten, um die Gesundheitsversorgung in der Fläche zu sichern.
- Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten – zivilgesellschaftliches Engagement und lokale Aktionsbündnisse stärken.
- Öffentliche (Frei-)Räume schaffen – Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume wie Bolzplätze und Treffpunkte, um sich auszutoben und ungestört entfalten zu können. Jugendliche brauchen zudem mehr Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde. Wir setzen uns nachdrücklich für Jugendbeiräte und Jugendparlamente ein.
- Offene Angebote und aufsuchende Jugendarbeit helfen Jugendlichen bei der Freizeitgestaltung, ihrer sozialen Entwicklung und bei der Teilhabe am Gemeindeleben. Wir wollen das vielfältige ehrenamtliche Engagement von Vereinen durch Förderrichtlinien,

Anerkennungen der Aktiven, kostengünstige Sport- und Veranstaltungsräume und gemeindliche Veranstaltungen stärken.

- Auch Senioren sind auf soziale Angebote in wohnortnahe angewiesen. Wir treten für die Schaffung von Begegnungsorten, für Seniorenbeiräte und die Würdigung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements ein. Gemeindeeigene Wohnungsbaugesellschaften können gezielt altersgerechte Wohnmöglichkeiten schaffen und anbieten und Mehrgenerationenhäuser sollten gefördert werden.
- Teilhabe stärken: Wir wollen auch vor Ort alles dafür tun, Armut und Perspektivlosigkeit entgegenzuwirken, unter anderem durch Gebührenfreiheit in kommunalen Einrichtungen, wo möglich und einer gezielten Verzahnung des Bildungs- und Teilhabepaketes mit kommunalen Angeboten sowie die Fortführung bzw. den Erhalt von Arbeit und Beschäftigung im öffentlichen Interesse der Gemeinden, Regionen und der kreisfreien Städte.
- Echte Inklusion von Flüchtlingen - Dies soll gewährleistet werden durch verbesserte kostenlose Angebote zum Sprachunterricht inklusive landeskundlichen Unterrichts über verschiedene Aspekte des Lebens in Deutschland, dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in Heimen, Abschaffung der Gutscheinregelung bei Einkäufen, Aufhebung des Arbeitsverbots sowie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen. Gemeinsame Aktionen wie Tage der offenen Türe, Feste oder Kennenlernpartys können das Verständnis für einander fördern und kulturelle Differenzen abbauen.

Klimaschutz

Dafür machen wir uns stark:

- Klimaschutz beginnt vor Ort. Auch die Kommunen müssen ihren Beitrag leisten und ihren Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen deutlich verringern. Wir Grüne wollen klimafreundliche Kommunen entwickeln. Wir wollen in den Städten und Gemeinden die drei starken E – mehr Erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung – konsequent umsetzen.
- Den Ausbau der Erneuerbaren Energien bürgernah und dezentral zu gestalten, um aus Atom und Kohle aussteigen zu können, neue Tagebaue in der Lausitz zu verhindern und unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
- Energiewende vor Ort umsetzen – z.B. durch Schaffung und Stärkung eigener Stadtwerke, Vorgaben in der Bauleitplanung und Initiierung von Bürgerkraftwerken, Solardachkataster, Umstellung des Strombezugs der Gemeinde bzw. des Landkreises auf Öko-Strom und Einrichtung von Beratungsstellen für Energieeinsparung für HausbesitzerInnen und Haushalte.
- Straßenbeleuchtung kostengünstig und nachhaltig umbauen durch Umstellung auf energiesparende und wartungsarme Leuchtmittel wie LED.
- Die Aufstellung und erfolgreiche Umsetzung von kommunalen Energie- und Klimaschutzkonzepten. Wir wollen kommunale Energiedienstleister zu regionalen Kohle- und/oder Atomausstiegen bewegen.
- Transparente und intensive Bürgerbeteiligung bei Standortentscheidungen für Projekte der erneuerbaren Energien.
- Der Maisanbau zur Energiegewinnung hat in vielen Regionen Brandenburgs überhandgenommen. Anlagen müssen daher stärker auf die Verwertung von Reststoffen

umgestellt werden. Dazu muss das Planungsrecht, aber auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf Bundesebene angepasst werden. Neue Biogasanlagen sollen in regionale Kreisläufe eingebunden sein und Reststoffe nutzen, hochwertigen Dünger erzeugen und mit der Wärme den Betriebsstandort beheizen sowie möglichst Grundstein für ein Nahwärmenetz vor Ort sein. In den Städten und Gemeinden streben wir eine veränderte Landnutzung auf kommunalen Flächen an, Bäume, Sträucher und Hecken gehören in die städtischen Grünflächen, damit sie zu Blühflächen werden und die Biodiversität erhöhen.

- Energetische Sanierung kommunaler Wohnungen fortführen.
- Förderung und Unterstützung Lokaler Agenda-Gruppen

In Köpfe investieren, statt in Beton

Dafür machen wir uns stark:

- Gute Kitas in Stadt und Land – wir wollen Dorfkitas erhalten und Kitas zu Bildungsorten weiterentwickeln, indem wir mit pädagogischen Konzepten, guter räumlicher und finanzieller Ausstattung und regelmäßiger Zertifizierung für mehr Qualität in unseren Kitas sorgen.
- Gute Schulen und ihr Erhalt auch im ländlichen Raum, durch Druck auf die Landespolitik, eine bessere finanzielle Ausstattung und kreative Ansätze aus der Kommune.
- Schulbau und -sanierung an pädagogischen, ökologischen und barrierefreien Erfordernissen ausrichten – Schulsanierung hat hohe Priorität für uns. Dabei sollte der Umbau nach ökologischen Kriterien und energieeffizient erfolgen. Zudem darf kein Neu- bzw. Umbau erfolgen, bei dem Inklusion nicht mitgedacht ist, der z.B. nicht barrierefrei ist.
- Zusammenarbeit mit freien Trägern verbessern, z.B. gemeinsame Nutzung von Gebäuden und Ressourcen.
- Kommunale Bildungslandschaften stärken – Wir wollen auf kommunaler Ebene Netzwerke fördern, die alle mit Kindern und Jugendlichen befassten Einrichtungen und Institutionen einbeziehen: Kitas, Schulen, Sport- und Jugendhilfe, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, KinderärztInnen, Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände, Eltern-Kind-Zentren, Tagesmütter/-väter und viele andere, die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag unterstützen können. Das Modell der Sozialräume/Sozialraumkonferenzen ist dafür ein gutes Beispiel.
- Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen – Zusammenarbeit von Grund- und weiterführenden Schulen sowie Konzepte einer Schule von 1-10 bzw. 1-13 an einem Ort und ggf. in einer Schule unterstützen und initiieren.
- Die Pilotschulen Inklusion und weitere Konzepte vor Ort unterstützen, die gemeinsamen Unterricht und individuelle Förderung voranbringen.
- Qualitätsoffensive beim Kita- und Schulesen – Gesundes Essen und ausreichendes regelmäßiges Trinken (Wasserspender) sind nicht nur Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der Kinder, sondern auch für ihren Lernerfolg. Wichtig sind dafür u.a. auch stärkere Mitspracherechte von Eltern. Kommunale Caterer in Verbindung mit lokalen Erzeugern könnten dafür ein Baustein sein.
- Bedarfsgerechter, sicherer Schülerverkehr, der auch Nachmittagsangebote berücksichtigt.
- Lebenslanges Lernen ermöglichen – Wir Bündnisgrünen wollen eine aktive Weiterbildungspolitik, die Menschen in allen Lebensphasen den Zugang zu Bildungs- und Kultureinrichtungen offen hält. Deshalb unterstützen wir Volkshochschulen sowie Stadt- und

Fahrbibliotheken, die sich als Teil der öffentlichen Infrastruktur den Herausforderungen der Arbeitswelt und der durch den demografischem Wandel geprägten Situation im ländlichen Raum stellen und Wege in die Zukunft weisen.

Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten

Dafür machen wir uns stark:

- Anerkennung und Unterstützung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger sowohl von Verwaltung als auch politischen Mandatsträgern. Dies kann durch Bürgerbeteiligungssatzungen mit mehr Frage- und Rederecht in den Vertretungen und Bürgerversammlungen oder Bürgerbefragungen zu wichtigen Gemeindefragen geschehen.
- Ein einheitliches Bürgerinformationssystem mit Sitzungsterminen, Tagesordnung, Anträgen, etc. sowie aussagefähigen Protokollen zu allen öffentlich verhandelten Punkten in jeder Kommune sowie schneller Erreichbarkeit von Ratsfraktionen und Verwaltung. Öffentliche Daten sollen in für alle zugänglichen Formaten zur Verfügung gestellt werden („Open Data“) und interaktive Beschwerdemöglichkeiten mit direkter Reaktionsmöglichkeit der Verwaltung aufgebaut werden.
- Ein BürgerInnenhaushalt als ein gutes Projekt, um Spar- und Investitionsvorschläge der Bevölkerung zu erfragen, abzuwägen und so weit wie möglich auch umzusetzen.
- Beiräte und Parlamente für Kinder- und Jugendliche, Senioren, Behinderte und ausländische MitbürgerInnen ermöglichen.
- Stärkung und Unterstützung von Ortsbeiräten und Stadtteilkonferenzen durch verbesserte Informationsrechte und eigene Budgets sowie Möglichkeit der EinwohnerInnen von Ortsteilen, nur sie betreffende Angelegenheiten auch direkt demokratisch zu entscheiden.
- Stärkung der Stellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sowie Beauftragte oder Ombudsstellen für den Schutz vor Diskriminierung auch bei kleineren Kommunen.
- Ehrenkodex für kommunale Abgeordnete, damit diese ihre beruflichen Tätigkeiten und ggf. Abhängigkeiten öffentlich machen sowie Schaffung eines Kodex für kommunale Unternehmen (Grundsätze guter Unternehmensführung). Die Organisation Transparency International sollte hierbei verstärkt eingebunden werden.

Grüne Städte - aktive Dörfer

Dafür machen wir uns stark:

- Nachhaltig planen – um Brandenburgs Dörfer und Städte auch unseren Kindern und Enkeln attraktiv zu erhalten. Das heißt für uns: Gezielt Wachstum dort fördern, wo Infrastruktur ausreichend vorhanden ist. Das heißt aber auch: Gemeinden, die mit Bevölkerungsrückgang kämpfen, müssen die rechtlichen und materiellen Möglichkeiten gegeben werden, um diesen Prozess auch räumlich selbst steuern zu können.
- Für Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung und Gemeindeentwicklung – z.B. bei der Gestaltung von Flächen, beim Straßen(aus)bau oder bei der Erstellung von Stadt- und Dorfentwicklungskonzepten sowie Unterstützung von bürgerschaftlichen Projekten zur Aufwertung und Nutzung des öffentlichen Raums, z.B. durch Stadtgärten.
- Dörfer attraktiv halten, in denen die Menschen dörfliche Lebensqualität schaffen und bewahren können. Förderung von innovativen und sozialen Projekten und Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten sowie einer Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements

- keine unnötige Zersiedelung von Flächen - Stadtumbau muss zu einer Konzentration auf die Siedlungskerne und bereits gut erschlossenen Gebiete führen. Vorrangig sind innerörtliche Brachflächen zu nutzen. Sie sollen durch weitere Förderung (Städtebauförderung/Leader in ländlichen Regionen) gestärkt werden,
- Individueller Anwohnerstraßenausbau unter Anwendung der Kriterien des Gemeindestraßenleitfadens. Hierzu sollen bewährte Beispiele allen Gemeinden zugänglich gemacht werden.
- Breitbandinternet in allen Regionen, Initiativen für öffentliches WLAN. Schnelles und freies Internet ist ein (auch wirtschaftlicher) Standortfaktor, deshalb sollen hier beste Rahmenbedingungen zur Erschließung geschaffen werden.

Mobil in Stadt und Land

Dafür machen wir uns stark:

- Den öffentlichen Nahverkehr erhalten und stärken. In den Verdichtungsräumen der Städte und im engeren Verflechtungsraum mit Berlin wollen wir den öffentlichen Verkehr durch Angebotsverbesserungen wie Taktverdichtungen und Ortsbuslinien attraktiver machen. In dünner besiedelten Regionen wollen wir einen starken schienengebundenen Nahverkehr erhalten und mit Modellen wie Ruf-, Kombi- oder Bürgerbussen ergänzen. So erhalten wir die ländlichen Regionen am Leben, erreichen wir Mobilität für Jung und Alt und reduzieren den klimaschädlichen sowie lärmintensiven Individualverkehr.
- Für mehr Lebensqualität in den Städten setzen wir uns für mehr verkehrsberuhigte Straßen und Tempo-30-Zonen ein.
- Um einen besseren Lärmschutz zu gewährleisten, wollen wir die Aufstellung von Lärmaktionsplänen kritisch begleiten. Wir fordern, dass deren Empfehlungen am Ende tatsächlich umgesetzt werden.
- Den Radverkehr stärken. Wir setzen uns für kommunale Radverkehrspläne, Radverkehrsbeauftragte und die Ausfinanzierung von Radverkehrsprogrammen ein. Das beinhaltet mehr Geld für Radinfrastruktur wie Radwege und Abstellplätze und eine verstärkte Aufmerksamkeit auf Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer.
- Verbesserung der Umsteigebeziehungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern (Bus-Bahn, sichere Radparkplätze an Bahnhöfen usw.)
- Barrierefreiheit bei Planung, Bau und Unterhalt von Straßen und Wegen.

Nachhaltiges Wirtschaften in der Kommune

Dafür machen wir uns stark:

- Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und Marktbeziehungen zwischen kleinen Städten, Siedlungskernen und Umland stärken.
- Bekanntmachung von öffentlich oder beschränkt auszuschreibenden bzw. freihändig zu vergebenden Aufträgen auf der Website der Städte und Gemeinden.
- Kleinbetriebe und Mittelstand stärken – Öffentliche Aufträge und Beschaffung sollten, wo immer möglich, aufgegliedert in Fach- und Teillose ausgeschrieben werden.
- Für eine nachhaltige und familienfreundliche Ansiedlungspolitik, die die Wirtschaftskraft der Innenstädte erhält.

- Unterstützung von GründerInnenzentren und Transferzentren für den Austausch zwischen regionaler Wirtschaft und Hochschulen.
- Förderung des sanften Tourismus, Ausbau der Angebote im Kultur-, Natur- und Radtourismus über Gemeindegrenzen hinweg.
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge und Beschaffung konsequent an ökologische und soziale Kriterien koppeln.
- Regionale Produkte, frisch vor Ort erzeugt und frisch vor Ort konsumiert, werden durch die lokale Vermarktung mehr Absatz finden. Bauernmärkte und Stände von Hobbygärtnern wollen wir ohne Regularien zulassen.

Kultur und Denkmalschutz

Dafür machen wir uns stark:

- Kultur darf nicht als erste freiwillige Leistung dem Rotstift zum Opfer fallen. Wir wollen in Kommunen auch bei knappen Mitteln Rahmenbedingungen schaffen für ein Mindestmaß an vielfältigen Kulturangeboten – Öffentliche Musikschulen, Jugendkunstschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken bilden ein Grundangebot an kultureller Bildung, das wir erhalten wollen.
- Es sollte immer die Möglichkeit für freie Kulturförderung geben. Die vermeidet, „Erbhöfe“ zu schaffen, von denen immer die gleichen Angebote profitieren. Wir unterstützen die Schaffung von Kulturförderstiftungen.
- Wir setzen uns für faire Bezahlung im Kulturbereich ein. Volkshochschulen, Musikschulen und Kunstschulen sollen einen tariflich bezahlten Grundstock an qualifizierten Mitarbeitern (auch LehrerInnen) vorhalten. Das Honorar für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss an den Tariflohn angelehnt sein.
- Denkmalschutz fördern - Baukultur und regionale Identität wird zunehmend zu einem wirtschaftlichen Faktor (Tourismus). Deshalb ist ein Denkmalschutz zu fördern, der eine zeitgemäße Nutzung der geschützten Bauwerke ermöglicht. Kommunalpolitik muss die Geduld aufbringen, schützenswerte und geschützte aber verfallene Bauwerke über längere Zeiträume vor Abriss und weiterem Verfall zu schützen.
- Erhalt von regionaler vor allem sorbischer und wendischer Identität und Schutz von Minderheitenrechten.
- Stärkung von Initiativen zur Orts- und Regionalgeschichte durch Unterstützung von Heimatvereinen etc.

Solide Finanzen

Dafür machen wir uns stark:

- Wir fordern von der Landes- und Bundespolitik eine angemessene Grundausstattung, die den Kommunen Handlungsspielräume für die Erledigung ihrer Aufgaben gibt. Eine wichtige Entlastung kommunaler Haushalte kann erreicht werden, durch die stärkere Übernahme der Kosten für Sozialleistungen durch den Bund, z.B. im Rahmen eines Bundesteilhabegesetzes.
- Transparenz im Haushalt - Vorberichte, Kennzahlen, Produktbeschreibungen und -ziele der Doppik nutzen, um finanzielle Spielräume für politische Prioritätensetzungen beim Einsatz von Haushaltsmitteln zu ermöglichen. Übersichtliche, öffentliche Darstellung des Haushalts geeignet

für dessen Vermittlung in der Öffentlichkeit. Darstellung der Einnahmen, deren Quellen und Entwicklung, Darstellung der Ausgaben, insbesondere der Änderungen gegenüber den Vorjahren.

- Haushaltskonzepte, die auf die langfristige Entwicklung der ganzen Kommune setzen (wie unter anderem Jugendarbeit, Radwegekonzept, Kulturförderung) statt kurzfristiger Investitionen, die aus Einzelinteressen geboren wurden.
- Abbau von Schulden und Erhalt des Eigenkapitals, damit den nächsten Generationen ein finanzieller Spielraum erhalten bleibt.
- Einbindung der Bevölkerung, insbesondere im Bereich der freiwilligen Ausgaben und der Investitionen durch einen „Bürgerhaushalt“. In immer mehr brandenburgischen Kommunen wie z.B. Potsdam oder Blankenfelde-Mahlow wird die Bürgerschaft an der Haushaltsaufstellung beteiligt, kann Projekte vorschlagen und diese bewerten.

Europa vor Ort

Dafür machen wir uns stark:

- Städte, Orts- und Regionalpartnerschaften wollen wir mit Leben füllen und aktive Bürgervereine, die diese Partnerschaften tragen, sollen finanzielle und organisatorische Hilfe bekommen.
- Klare Ausweisung von Europaprojekten vor Ort.
- Förderung der regionalen Zusammenarbeit beiderseits von Oder und Neiße, z.B. durch regelmäßige Sitzungen von Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und Gemeindevertretungen und Unterstützung grenzüberschreitend arbeitender lokaler Vereine und Initiativen.
- Sprachkompetenz durch Förderung des Lernens der Nachbarschaftssprache Polnisch und dessen Berücksichtigung an den Schulen.
- Unterzeichnung und Umsetzung der Europäischen Charta der Gleichstellung von Männern und Frauen durch unsere KommunalvertreterInnen.